

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 3.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verblidlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7, Janowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 60490 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 176 B

BERLIN • Freitag, den 29. Juli 1932

JAHRGANG

Nazi-Sadisten toben.

Wahnsinnige Mordhetze der Nazi-Führer und -Presse.

Die ersten Tage der Konferenz in Ottawa.

A. F. London, 25. Juli.

Als ich mir vergangene Woche die Haare schneiden ließ, hatte ich mich kaum gesetzt, als der Friseur schon anfang, mich zu fragen, wie wird es in Ottawa? Mit der gleichen Frage bin ich schon von allen Seiten bombardiert worden. Als ich nach London zurückkam, war ich überrascht von dem starken Interesse, das man an der Konferenz von Ottawa nahm. Aber das ist letzten Endes doch nicht erstaunlich. Diese Konferenz nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch ungefähr wie eine gut annoncierte Patent-Medizin.

Wenn jemand krank ist und trotz aller Versuche, ihn zu heilen, seine Krankheit schlimmer wird, dann wendet er sich in seiner Verzweiflung gewöhnlich irgend einer neuen Heilmethode zu, ohne sich nach ihrer Wirksamkeit zu erkundigen und in der Hoffnung, daß die Sache nützen wird. Und dann nimmt er gewöhnlich die Medizin, die am besten annonciert worden ist. Auf ähnliche Weise ist die Konferenz von Ottawa eine Heilmittel für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Großbritannien und seinen Dominions, ja als ein Heilmittel vielleicht sogar mit günstigen Wirkungen für die ganze Menschheit.

Lange Zeit hindurch hatte der erzreaktionäre Flügel der Konservativen Partei die Lösung „Freihandel innerhalb des britischen Reiches“ verbreitet als die einzige Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Großbritannien. Diese Lösung erhoffen die Konservativen von Ottawa. Die übrigen Anhänger der Nationalen Regierung haben inzwischen erklärt, daß die endgültige Lösung in Ottawa gefunden werden würde, nachdem sie hatten feststellen müssen, daß die Arbeitslosigkeit trotz der vor einigen Monaten eingeführten Schutzzölle weiter wuchs. Ich erinnere mich sogar einer Unterhaus-Debatte über die politische Lage in Indien, in der ein junger Konservativer sagte, die gegenwärtigen Verordnungen in Indien und der Kampf des indischen National-Kongresses seien Angelegenheiten von minderer Bedeutung; die Zukunft von Indien würde in Wirklichkeit auf der Konferenz in Ottawa entschieden werden. Sogar die Gewerkschaften haben dazu beigetragen, die Propaganda für die Konferenz in Ottawa zu unterstützen, indem sie den Präsidenten und den Generalsekretär des Gewerkschaftskongresses als Delegierte auf die Konferenz gesandt haben. So hat die große Masse der Bevölkerung in England, die so wenig von Volkswirtschaft wie von Medizin versteht, aber sich nach einem Ausweg aus der Krise sehnt, ihre Hoffnungen auf die Konferenz von Ottawa konzentriert.

Nebelhafte Reden.

Die Vergleichung zwischen dieser Konferenz und einer gut annoncierten Patent-Medizin kann noch weiter geführt werden. Wenn wir die Annoncen über eine Patent-Medizin lesen, finden wir gewöhnlich, daß der Teil, der die eigentlichen Heilwirkungen beschreibt, in sehr allgemeinen Ausdrücken gehalten ist. Die Erklärungen der Regierungsanhänger über die Wirkungen, die sie von Ottawa erwarten, sind genau so undeutlich gehalten. Vor einigen Wochen schrieb Gay in im „Observer“: „Ein Grundsatz und nur dieser gibt den Ton an in Ottawa . . . Was können wir für einander tun?“

Diese Idee ist in den verschiedensten Worten wiederholt worden von seiten zahlreicher Politiker in England und in den Dominions. Man hat uns viel erzählt von der Freundschaft und dem Zusammenarbeiten zwischen dem Mutterland und den Dominions. Aber kein Vertreter dieser Länder hat Genaueres darüber angegeben, was sie eigentlich für einander tun wollen!

Reichs-Konferenz?

Nichtsdestoweniger sind die Fragen, die zur Entscheidung drängen, in Wahrheit sehr einfach. Zunächst muß man alle Illustorien zerstören, denen durch den Ausdruck „Reichskonferenz“ Vorschub geleistet wird. Weder die gegenwärtige Konferenz von Ottawa noch frühere Reichskonferenzen sind eine Zusammenkunft der verschiedenen Gebiete des britischen Reiches. Im ganzen Reich wohnen 450 Millionen Menschen. Aber davon wohnen nur 45 Millionen in Großbritannien und 23 1/2 Millionen in den Dominions (Kanada, New-Foundland, Süd-Afrikanische Union, Australien, Neuseeland, Irland). Die übrigen 380 Millionen Menschen, das eigentliche

H. F. Herr von Papen hat sich darüber beschwert, daß man die Nationalsozialisten mit den Kommunisten gleichsetze. Dagegen sind auch wir; denn es wäre eine Beleidigung für die Kommunisten. Falls Herr von Papen das bestreitet, bitten wir ihn, uns einen kommunistischen Redner zu nennen, der sich zu einer auch nur annähernd so brutalen Mordhetze verstiegen hätte, wie die Redner der Nazis es täglich tun, von denen wir hier nur zwei zitieren:

Der oldenburgische Ministerpräsident (!) Röver konnte in der Kasseler Stadthalle unbehelligt unter anderem folgendes von sich geben:

„Sie sollen nur nicht glauben, daß man schon am Ende sei; es geht erst los,

die Burschen werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist.“ „Wir sagen euch, euch wird nichts geschenkt, ihr Lumpen und Volksverräter.“ — „Ich garantiere diesen Schweinehunden, daß sie gehängt werden, und wir werden sie so lange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben.“

Das mag grausam sein, aber der nächste soll sich überlegen, ob er daneben hängen will.“

Der Nazi-Redner Brückner in Breslau: „Und nach dem 31. Da wird Hitler vor Hindenburg hintreten und die Beauftragung mit der Regierungsbildung verlangen. Ein besonderer Triumph wird es sein, dem Präsidentschaftsgegner gegenüberzutreten, gestützt auf die Millionen. Nach der Wahl wird legal abgerechnet, unter den Linden in Berlin stehen zu diesem Zweck genug Bäume . . .!“

Die schwarze Pest, die Kirchenfürsten, werden nach dem 31. Juli keine Bedingungen mehr stellen; . . . das Lumpenpack der SPD und die kommunistische Mordkanaille wird ausgerottet.“

Die Presse der Nazis ist durchweg auf diesen Ton abgestimmt. Bis in welche Einzelheiten dort die Aufforderung zum Mord geht, haben wir gelegentlich zitiert; hier wieder einige aus einer einzigen Nummer des in Ludwigshafen erscheinenden „Eisenhammer“:

„Und wenn eine sogenannte Regierung nicht imstande ist, Nationalsozialisten vor den roten Mordbuben zu schützen, dann werden wir eben zur Selbsthilfe greifen müssen. Aber diese Selbsthilfe gilt nicht dem entmenschten Straßenmob, sondern wird jetzt dort eingesetzt, wo sie allein erfolgversprechend ist, und zwar bei den intellektuellen Strauchdieben, vom

Ausbeutungsmaterial der britischen Imperialisten, haben keine Vertretung auf der Konferenz.“

Allerdings ist eine indische Delegation auf der Konferenz anwesend und ihr Führer Sir Atul Chatterjee erklärte in seiner Eröffnungsansprache, dieser Konferenz komme besondere Bedeutung zu insofern, als auf ihr der Posten des Führers der Indischen Delegation zum erstenmal nicht durch den Staatssekretär für Indien (in London) besetzt wurde. Dies sei ein weiterer Schritt zur vollständigen Selbstverwaltung Indiens. Aber Chatterjee wird kaum als der Vertreter der Inder angesprochen werden können. In der vergangenen Woche mußte sogar der „Manchester Guardian“, ein entschiedener Vertreter der britischen Herrschaft in Indien, zugeben: „Gegenwärtig kann man in Indien kaum eine politische Organisation oder auch nur einen einzigen Politiker von Bedeutung finden, der für die britische Regierung ein gutes Wort einlegen würde oder in ihre Absichten Vertrauen setzt.“

Abgesehen von den Puppen der britischen Regierung, die in der indischen Delegation sitzen, vertreten die übrigen Mitglieder der Konferenz, die Repräsentanten der Dominions, unabhängige kapitalistische Staaten, deren einzige Verbindung mit dem Mutterland teils auf sentimentalen Gefühlen beruht und teils auf dem Interesse an dem Schutz, den die Kriegsschiffe und Flugzeuge des britischen Reiches gegen innere Revolten oder äußere Angriffe bieten. Die vorhergehende Reichskonferenz bestätigte völlig eindeutig den Dominions das Recht, in ihrer eigenen Gesetzgebung frei zu sein und sich vom Reich zu trennen, falls sie es wünschen. In der diesjährigen Konferenz treffen sie sich mit Großbritannien als Gleichberechtigte.

Die Interessen-Gegensätze.

Welche Interessen haben die Dominions und Großbritannien auf der Reichskonferenz? Jedes Dominion hat seine

Schlage eines Wagner, Baum, Kleesot, Sauer u. s. w. (Funktionäre der SP, die zum Teil jahrzehntlang im öffentlichen politischen Leben stehen).

Wenn diese Burschen nur mehr das Weiße im Auge sehen, dann dürfte der marxistische Mordterror ein für allemal gebrochen sein.“

„Es ist Zeit, allerhöchste Zeit, sich diese rote Sumpfpflanze (den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wagner, Ludwigshafen) auf der Straße einmal etwas näher anzusehen. Man muß ihn begrüßen, wie er es verdient. Auf denn und Schluß gemacht!“

Gegen einen namentlich genannten Einwohner Dürkheims lautet die Hetze so:

„So ein Judenscheusal in Menschengestalt! So ein Erzlump, Vater eines Geldgroßschiebers, hier Stinnes genannt! So ein Kerl gehört zu unterst an einen Metzgerhaken geknüpft und ihm mit dem Hackbeil der Scheitel gezogen.“

Als Nazis in Hamburg harmlose Passanten „durchsuchten“, schrieb die Gauleitung später (als die Kerle verhaftet wurden):

„Von Uebergriffen sei der Gauleitung nichts bekannt. Selbstverständlich lehne die Gauleitung Ausschreitungen in jeder Form ab.“

SA ist rein sportlich.

Jules Sauerwein hat sich inzwischen auch mit Herrn von Gayl unterhalten. Ueber das mögliche Ergebnis der Wahlen und über die Aussichten der Reichsregierung für den Fall, daß sie in der Minderheit bleibt, äußerte sich Herr von Gayl nicht. Auch über die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung, wonach ihn Sauerwein selbstverständlich fragte, antwortete Herr von Gayl nur ausweichend damit, daß eine Umbesetzung des Reichskabinetts nur durch den Reichspräsidenten erfolgen könne. Von dem Gespräch ist im übrigen nur interessant, daß der Minister die Felddienstübungen der SA nicht nur duldet, sondern sie sogar unterstützt, weil sie „rein sportlichen Charakter“ trügen und durch solche Übungen „die Widerstandskraft und der Geist der Disziplin nur gewinnen“ könne.

Industrie ausgedehnt unter dem Schutz außerordentlich hoher Zölle. Gleichzeitig blieben die Dominions in erster Linie Agrarstaaten, die einen Ueberschuß von Agrarprodukten ausführen. Sie sind daran interessiert, durch einen Handelsvertrag mit England ihren dortigen Markt für ihre landwirtschaftlichen Produkte auszudehnen. Sie wünschen also eine bevorzugte Stellung gegenüber anderen Staaten, um auf dem englischen Markt ihre Ausfuhrwaren, wie Weizen, Wolle und Fleisch, abzusetzen. Um sich diesen Vorteil zu verschaffen, haben sich die Dominions auf einer früheren Reichskonferenz zwar nicht bereit erklärt, ihre Zölle auf britische Industriewaren herabzusetzen, da dies ihre eigenen industriellen Interessen schädigen würde, wohl aber, stattdessen ihre Zölle auf Waren von nicht-britischen Ländern zu erhöhen. Ein derartiger Vertrag kam aber nicht zustande, weil Großbritannien beim Freihandel blieb und sich weigerte, einen Zoll auf ausländische Waren einzuführen, um so die Dominions zu begünstigen.

Seit der ersten Reichskonferenz von 1887 ist dieses Problem um keinen Schritt gefördert worden. Der einzige wichtigere Fortschritt in dieser Hinsicht ist die Schaffung einer Behörde für Handel innerhalb des britischen Weltreichs, des „Empire Marketing Board“, die empfiehlt den Engländern, Waren aus dem Reich zu kaufen, und betreibt eine entsprechende Propaganda in anderen Teilen des Reichs.

Die Reichskonferenz von 1930, von der große Wunder erwartet wurden, verlief im Sande. Die unüberbrückbare Schwierigkeit dieser Konferenz kam in zwei Erklärungen zum Ausdruck. Mr. Bennett als Vertreter Kanadas erklärte: „Die Hauptsorge Kanadas betrifft den Absatz seines Weizens. Wir glauben, daß wir eine Lösung dadurch erreichen können, daß wir einen besseren Markt in Großbritannien gewinnen. Diesen Markt wollen wir haben, und wir sind bereit, dafür zu zahlen, indem wir britische Waren

cipo Vorzugsstellung in Kanada gewähren. . . . Erst müssen wir diesen Grundsatz annehmen oder zurückweisen.“

Mr. MacDonald antwortete im Namen der damaligen Regierung: „Ein Zoll auf Weizen — den können wir nicht einführen.“

Die neue Lage.

Dieses Jahr ist die Lage anders. Großbritannien ist nicht mehr Freihandelsland. Aber es hat noch keinen Zoll auf Weizen, Wolle und Fleisch. Der Ausgang der gegenwärtigen Konferenz hängt ab von der Bereitschaft der britischen Delegation, vermittels eines Systems von Zöllen und Kontingenten den Agrarprodukten der Dominionen eine Vorzugsstellung auf dem englischen Markt zu geben. Wenn die Engländer dazu nicht bereit sind, wird die gegenwärtige Konferenz wie ihre Vorgänger im Sande verlaufen.

Das wäre in der Tat der beste Ausgang der Sache für die Arbeiterschaft. Sonst müßten nämlich die britischen Arbeiter Zölle auf Nahrungsmittel bezahlen und die Massen in den Dominionen müßten erhöhte Zölle auf Industrieprodukte bezahlen, damit die Kapitalisten und Landbesitzer in den verschiedenen Gebietsteilen bessere Profite erhalten. (Daß auch englische bürgerliche Nationalökonomien diesen Standpunkt einnehmen, zeigten wir im Wirtschaftsteil vom 22. Juli.)

Im Lichte dieser Ueberlegungen kann man der Botschaft des Königs von England an die Konferenz von Ottawa wenig Bedeutung beilegen: „Meine Gedanken und Gebete wenden sich an die Delegierten meiner Regierungen, die heute in der Konferenz versammelt sind, um die Mittel zu erforschen, mit denen sie den Wohlstand der Bevölkerung dieses großen Reiches erhöhen können.“

Viel besser hat Low, einer der besten Karrikaturenzeichner Englands, die Sachlage dargestellt. Auf seiner Karrikatur halten sich die Delegierten an den Händen gefaßt; ihre Gesichter strahlen von Freundschaft; hinter ihnen im Schatten sieht man die Industriellen der Dominionen. Im Vordergrund steht ein sentimentaler Ausländer und sagt: „Sieh, den Händedruck des Reiches! Was für ein rührender Anblick!“ Ein unsentimentaler Ausländer aber erwidert: „Ja—a—a! Wobei jeder sich an den anderen hängt, aus Angst, der erste zu sein, dessen Tasche dabei berührt wird.“

Zwei der Eröffnungsreden haben ein Licht auf die Lage geworfen. Mr. Bennett, der Vertreter Kanadas, blieb seinem Rufe treu und ging sofort auf die Sache los; er verlangte Nahrungsmittelzölle von England, mit Vorzugsbehandlung für kanadischen Weizen. Dafür bot er an, daß englische Waren zollfrei nach Kanada eingeführt werden sollen in den Fällen, in denen kanadische Wirtschaftszweige dadurch nicht benachteiligt würden.

Mr. Baldwin hielt eine unerwartete Rede im Auftrag der britischen Delegation. Er sprach die Hoffnung aus, es würde möglich sein, nicht nur die gegenwärtigen Zollmaßnahmen beizubehalten, sondern sie zu erweitern, entweder durch einen Zollabbau zwischen den Teilen des britischen Reiches oder durch eine Zollerhöhung gegenüber den anderen Ländern. Er hielt den Zollabbau innerhalb des britischen Reiches für vorzugswürdig, um Großbritannien nicht von den übrigen Ländern zu isolieren. Diese Rede erweckte den Eindruck, daß Großbritannien nicht bereit ist, seine Zölle gemäß dem Vorschlag von Bennett zu erhöhen.

Der reaktionäre Lord Beaverbrook hat diesen entscheidenden Punkt der Eröffnungssitzung, wie gewöhnlich, erfaßt. In seiner Zeitung, dem „Sunday Express“, veröffentlichte er einen eigenhändigen Aufruf auf der ersten Seite mit der Ueberschrift: „Mr. Baldwin — schlechte Aussichten.“ In ihm heißt es: „Wir sind in Gefahr, in Ottawa verraten zu werden. Mr. Baldwin hält Reden, die zeigen, daß sein Herz sich nicht geändert hat; er gedenkt, uns zu verkaufen. Glücklicherweise sind Lord Hailsham und Mr. Chamberlain auch in Ottawa. Wenn diese nicht dort wären, müßten wir wirklich verzweifeln. . . . Mr. Baldwin hat ein brauchbares Angebot von den Dominionen bekommen. Er konnte es annehmen, aber Mr. Baldwin hatte nicht die Absicht, dies zu tun. Das ist klar genug. Es ist Zeit, Alarm zu schlagen. . . . Wir müssen unsere Hoffnungen auf Bennett und Lord Hailsham setzen.“

Todesurteil für Gorgulow.

Der Prozeß gegen Gorgulow, den Mörder Doumiers, fand von Montag bis Mittwoch dieser Woche in Paris statt. Für die Verhandlung entscheidend waren zwei Fragen: 1. Ist Gorgulow Kommunist bzw. hat er zur Zeit seiner Tat oder früher einmal in Beziehung zu kommunistischen Kreisen gestanden? 2. Ist er geistig zurechnungsfähig oder gehört er ins Irrenhaus?

Die erste, politisch bedeutsame Frage trat im Prozeß bereits stark zurück. Die Voruntersuchung hatte gezeigt, daß sich der von vielen gewünschte Zusammenhang zwischen dem Mord und kommunistischer Propaganda nicht herstellen lassen würde. Ein einziger Zeuge, ein weißgardistischer Kosak, erzählte ausführliche Geschichten davon, daß er 1920 in bolschewistischen Gefängnissen von Gorgulow mißhandelt worden sei. Da er sich aber auf nichts mehr berufen konnte als darauf, daß er Gorgulow sogar, ohne ihn zu sehen, an der Stimme würde erkennen können, fiel diese Zeugenaussage im Verlauf des Prozesses unter den Tisch. In seiner Anklagerede vertrat der Staatsanwalt mit Nachdruck die Auffassung, daß Gorgulow nicht Bolschewist sei. Seine anarchistische Handlung stehe im Widerspruch zur kommunistischen Theorie. Der Staatsanwalt verlas einen Brief, den Gorgulow nach seiner Verhaftung von einem russischen Emigranten erhalten habe und in dem er als einer der ihnen begrüßt wird.

Weit ausführlicher beschäftigte sich das Gericht mit der zweiten Frage. Die von der Verteidigung gestellten Psychiater versuchten, Gorgulow für unzurechnungsfähig zu erklären, und verlangten, daß er lebenslänglich in ein Irrenhaus eingesperrt werde. Die übrigen zur Untersuchung hinzugezogenen

Psychiater lehnten diese Stellungnahme ab. Professor Perrin faßte sein Urteil dahin zusammen: Wenn eine Reihe von Frauen, die mit Gorgulow in nahen Beziehungen gestanden haben, ihn für verrückt erklärt hätten, so dürfe man das nicht im medizinischen, sondern im landläufigen Sinne auffassen. Der Staatsanwalt schloß sich dieser Auffassung an.

Am Mittwoch abend erklärten die Geschworenen nach kurzer Beratung Gorgulow für schuldig. Daraufhin fällt das Gericht das Urteil: Der Mörder des französischen Staatspräsidenten wurde zum Tode verurteilt.

Gorgulow, der während der Verteidigungsrede selber pathetisch seinen Tod gefordert hatte, nahm das Urteil ruhig auf.

Der Prozeß ist mit einer vorsätzlichen Schnelligkeit erledigt worden. Es kam darauf an, die Öffentlichkeit, vor allen Dingen die Linke, davon abzuhalten, in Gorgulow das Werkzeug weißgardistischer politischer Attentatspläne zu sehen. Der Zusammenhang Gorgulows mit Weißgardisten kann nicht bestritten werden, aber es hatte sich offensichtlich herausgestellt, daß dieser zerfahrene Hysteriker für politische Geheimpläne ein bedenklicher Agent war.

Barbusses große Anklage, daß für den Tod Doumiers Weißgardisten und Tardieu und die französische Polizei verantwortlich seien, die nachweislich das Attentat nicht verhindern wollten, ist mit völligem Stillschweigen übergangen worden. Das gleiche Schweigen hat man in diesem Prozeß gewahrt. Bald wird Gorgulow selber auch verstummt sein, damit die Akten über diesen Fall geschlossen werden können.

Japans Herrschaft im Fernen Osten.

Die Provokation in Jehol.

Der japanische Angriff auf die mongolische Provinz Jehol scheint trotz der Zugeständnisse der Chinesen noch keineswegs abgebrochen zu sein. Tschiang Kai Schek hat von der Nanking-Regierung den Befehl erhalten, sich nach Peking zu begeben, um von dort, vom Süden aus also, die Verteidigung der Provinz Jehol zu leiten.

Die Japaner scheinen in der Tat von hier aus vorgehen zu wollen. Nach einer amtlichen russischen Meldung haben die japanischen Militärkreise beschlossen, eine Offensive gegen Peking und Tientsin einzuleiten. Die Kämpfe in dieser Gegend hätten bereits begonnen.

Ferner: Im Bezirk Kintschau, südlich von Jehol, sind japanische Truppen zusammengezogen worden. Der chinesische Gesandte in Tokio hat im japanischen Außenministerium Protest dagegen eingelegt. Die chinesischen Soldaten des Generals Tschang Hsue Liang, die in diesem Bezirk stationiert

waren, haben inzwischen bereits die Geduld verloren. Eine Truppe von 30 000 Mann mit 120 Flugzeugen hat einen japanfeindlichen Aufstand entfesselt. Es haben schon heftige Kämpfe zwischen ihnen und den japanischen Truppen stattgefunden.

Die „selbständige“ Mandchurei.

Die Zeitung „Dairen Simbun“ meldet aus Dairen, daß in der offiziellen Hauptstadt der Mandchurei, Tschangtschun, eine japanische Gesellschaft gegründet worden ist, die das Luftverkehrsmonopol in der Mandchurei erhalten soll. Es sollen die folgenden Strecken beflogen werden: Tokio—Mukden, Mukden—Tschangtschun, Tschangtschun—Charbin bis zum Bahnhof Mandschuria. Mit anderen Worten: Die wichtigsten Punkte innerhalb der Mandchurei und die Hauptstadt Japans sollen durch Flugverkehr miteinander verbunden werden. Ob die Mandchurei auch mit anderen Ländern unmittelbaren Flugverkehr unterhalten darf, wird Japan entscheiden.

Das Empire zum russischen Dumping.

Auf der Ottawaer Konferenz hat die Frage der russischen Einfuhr nach England bisher eine erhebliche Rolle gespielt und zu Streitigkeiten Anlaß gegeben. Die Vertreter Kanadas und Australiens haben in ihren Reden die Absicht angedeutet, von England ein völliges Einfuhrverbot für solche Waren zu verlangen, die infolge von Dumping die Konkurrenz der Dominionen ausschalten. Ein Wertzoll auf solche Waren sei kein hinreichender Schutz. MacDonald wehrt sich bisher gegen diese Forderungen, die auf ein Einfuhrverbot für russische Waren hinauslaufen.

Borah kommen Nachrichten über Gespräche führender amerikanischer Staatsmänner, die diesem Thema galten. Der amerikanische Botschafter in London, Mellon, hatte am Mittwoch nacheinander Aussprachen mit dem Staatssekretär des Außen, Stimson, und dem Präsidenten Hoover. Ueber den Inhalt der beiden Gespräche ist nur bekanntgegeben worden, daß sie sich allgemein mit der politischen Lage, insbesondere mit dem Verhältnis zu den europäischen Staaten und der Kriegsschuldenfrage befaßt haben.

In Paris stattete der amerikanische Botschafter Edge dem französischen Ministerpräsidenten Herriot einen Besuch ab, wobei er, wie die Franzosen hinterher amtlich mitteilen, Herriot angeblich über den „vorzüglichen Eindruck“ unterrichtet hat, den die Ergebnisse von Genf und Lausanne in Amerika hinterlassen haben. „Der amerikanische Botschafter sah in den bisher erzielten Ergebnissen ein ermutigendes Zeichen für die nützlichen Wirkungen eines aktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen den beiden Völkern.“ — Man wird vermutlich auch hier Fühlung genommen haben in der Kriegsschuldenfrage.

Washington bearbeitet die Kriegsschuldenfrage.

In Amerika macht man sich jetzt hinter verschlossenen Türen daran, erneut zu der Kriegsschuldenfrage und der Lage in Europa Stellung zu nehmen. Nach den aufsehen-erregenden Meldungen über die Äußerungen des Senators

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

41)

Copyright by Malik-Verlag 1933

Von draußen kommen Matrosen mit neuen Nachrichten:

„Die Gefangenen vom ‚Markgraf‘ sollten nach Fort Herbert gebracht werden. Aber die I. Kompanie vom Seebataillon hat den Gehorsam verweigert. Da haben sie dann die III. Kompanie für den Transport geholt!“

„Und von den Schiffen sind alle Handwaffen an Land gebracht worden!“

„Das haben sie heimlich in der Nacht gemacht!“

„Aber die Offiziere haben Pistolenmunition bekommen!“

Auch in die Gruppen am Schanktisch ist Bewegung hineingekommen. Sie drängen sich um einen der von draußen Hereingekommenen, — ein Flandernmatrose in langem feldgrauen Mantel.

Die an den Tischen werden aufmerksam.

„Von was reden denn die da?“

„Was ist denn los?“

„Alarm soll geblasen werden!“

„Alarm, wieo denn Alarm?“

„Das ist ja Quatsch, das gibt's doch gar nicht mehr!“

„Nein, ich hab's auch schon gehört, von unserem Signaloffizier seinem Flunky. Ich bin gerade erst an Land gekommen!“

Der Flandernmatrose ist auf einen Stuhl gestiegen, ein langer, ausgehungert Kerl, die graue Farbe der Schützen-gräben im Gesicht. Er redet auf die Herumstehenden ein. Immer mehr stehen von den Tischen auf, Bonczyk und Schorsch kommen heran, auch Papendieck ist da.

„Das ist derselbe, der gestern . . .“ erklärt Bonczyk.

„Man kann ja gar nichts hören!“

„Stellt doch das Orchestrieren ab!“

„Verflucht noch mal, was ist los?“

„. . . Arbeiter und Soldaten, zusammenhalten! Die Werftarbeiter haben ihre Hilfe zugesagt. Die Versammlung findet statt. Wir lassen uns durch keine Manöver abhalten. Um halb fünf auf dem Großen Exerzierplatz . . .“

Die Tür wird aufgestoßen.

„Alarm!“ brüllt einer herein.

„Alarm!“ wiederholen die an der Tür.

Die an den Tischen springen auf.

„Da habt ihr's, gerade jetzt, wo's gemütlich wird!“

„Wo ich heute abend meine Kleine bestellt habe!“

„Aber was soll das bloß bedeuten, da gibt's doch gar nicht mehr!“

„Das III. Geschwader soll wieder auslaufen!“

Endlich hört das Orchestrieren zu spielen auf. Die Stimme des Flandernmatrosen dringt laut durch den Raum: „Ich will euch erklären, was das bedeuten soll! Die Offiziere haben Wind von der Versammlung bekommen, und die wollen sie verhindern! Aber darauf lassen wir uns nicht ein! Wir haben uns nicht vor dem Trommelfeuer in Flandern gefürchtet. Wir werden uns auch nicht von einer Hand voll Offiziere bange machen lassen! Wir demonstrieren für die Freilassung unserer Kameraden! Hand hoch, wer mitgeht!“

Keine einzige Hand bleibt unten.

Der Saal dröhnt von den Rufen:

„Raus die Gefangenen!“

„Auf nach dem Exer!“

„Hoch der Friede!“

Ein Trommelwirbel, ein Trompetensignal. Eine Patrouille des Seebataillons taucht vor der Tür des „Reichspennig“ auf. Der Führer der Patrouille ruft hinein:

„Nu aber los, sitzt ihr denn auf den Ohren? Es ist ‚Alarm‘ gewesen. Alles, was in die Kasernen gehört, in die Kasernen! Und was auf die Schiffe gehört, auf die Schiffe!“

Die Matrosen stehen widerwillig auf. Sie suchen ihre Mützen und Mäntel und fangen an, zu bezahlen. Die Patrouille wartet nur, bis die ersten anfangen herauszukommen, dann marschier sie weiter.

Der Flandernmatrose hat sich an der Tür aufgestellt:

„Niemand geht in die Kaserne! Niemand geht auf die Schiffe! Wir demonstrieren!“

„Zur Versammlung!“

„Nach dem Exer!“

„Nach dem Exer!“

„Wir marschieren nach dem Exerzierplatz, aber nicht geschlossen, so kommen wir nicht durch. Einzeln und zu zweien ist es sicherer, und am Viehburger Gehölz treffen wir uns alle!“

Der Flandernmatrose sucht einige Leute heraus, die er mit der Parole durch die anderen Knecpen schießt. Schorsch und Bonczyk gehen in die Stadt zurück. Sie springen auf eine vorbeifahrende Straßenbahn in der Richtung Düsterbrook auf. An den Landungsbrücken steigen sie aus und stellen sich den auf die Schiffe zurückströmenden Matrosen entgegen:

„Nicht auf die Schiffe, wir demonstrieren!“

„Für die Freilassung der Gefangenen!“

„Wir treffen uns alle am Viehburger Gehölz!“

„Wer trifft sich?“

„Alle, — die halben Besatzungen sind schon da! Und die aus der Garnison auch!“

„Allein gehen wir auch nicht an Bord!“

„Das Geschwader soll auslaufen!“

„Dann sitzen wir nachher da!“

„Dann sind wir die Dummen!“

„Ueberhaupt, dieser jämliche Alarm, wo der Krieg sowieso verloren ist!“

„Auf, nach dem Viehburger Gehölz!“

Einzelne Trupps machen kehrt. Sie fangen die ihnen entgegenkommenden Heizer und Matrosen auf, werden immer zahlreicher und größer. Bald haben sie auf den Bürgersteigen keinen Platz mehr und formieren sich zu Marschkolonnen. Aus den Nebenstraßen hört man die Alarmtrommel, doch das Signal verfährt nicht mehr.

Schorsch führt einen der Züge an.

Neben ihm her läuft Bonczyk.

Der Zug erreicht die Stadtgrenze. Der Exerzierplatz vor dem Viehburger Gehölz gleicht einem weiten Feld von blauen Mützen. Die Massen stehen dicht gedrängt vom Gehölz bis zum Tanzlokal „Waldweise“.

Der Flandernmatrose hält eine Ansprache.

Schorsch und Bonczyk versuchen sich so weit wie möglich vorzudrängen. Der Flandernmatrose macht einem anderen Sprecher Platz.

Das ist auch ein Matrose, er hält eine Zeitung in der Hand:

„Ich habe hier die ‚Leipziger Volkszeitung‘ mitgebracht. Da steht ein Artikel drin über unsere Kameraden von 1917. Hört mal zu, — ich werde vorlesen!“

Und er liest den Artikel vor.

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Mord und politische Presse.

Wir haben am 23. Juli unter dieser Überschrift zwei Berichte miteinander verglichen. Es handelte sich um die Ermordung des Amtsvorstehers von Zingst. Die Telegraphen-Union hatte darüber berichtet, daß der Mörder „ein kommunistischer Ruhestörer“ sei, während der „Vorwärts“ aus einem Eigenbericht entnahm, daß es ein Nationalsozialist war. Wir hatten daran die Bemerkung geknüpft, „wie schwierig es ist... eine objektive Berichterstattung über die politischen Morde zu leisten“.

Wie die Telegraphen-Union uns nachträglich mitteilt, hat sie ihre erste Meldung wie folgt ergänzt:

„Wie die Untersuchung der Mordtat an dem Amtsvorsteher in Zingst und ein am Donnerstag abend abgehaltener Lokaltermin ergab, handelt es sich bei dem Täter um einen Landstreicher, der keiner Partei angehört und der zufällig in dem Lokal anwesend war, in dem die kommunistische Versammlung stattfand. Der Täter trug in der Kleidung versteckt ein nationalsozialistisches Abzeichen, hatte aber nach einer Zeugenaussage am Tage vor der Tat versucht, sich auch noch ein kommunistisches Abzeichen zu beschaffen. Die Tat geschah, nachdem der Amtsvorsteher den Landstreicher wegen seines Verhaltens und Umhertreibens verwahrt hatte.“

Wir hatten diese Ergänzung seinerzeit zunächst überschen, wollen aber, obwohl sie die ursprüngliche Meldung korrigiert, hier auch nach dieser Ergänzung feststellen, wie schwer sich die Telegraphen-Union entschließt, von einem Täter zu behaupten, er sei ein Nationalsozialist, und wie beweglich ihre Zunge ist bei der Formulierung der Bezeichnung „Kommunist“. Der Täter hat unbestrittenmaßen nach dem Mord sich mit seiner Verehrung Hitlers gebrüstet. Er hat ebenso unbestritten ein Abzeichen der NSDAP an seiner Kleidung gehabt. Er hat ebenso unbestritten erklärt, bald käme das Dritte Reich und Hitler würde ihn sicher begnadigen. Was hindert also je-

manden, diesen Kerl für einen Nazi zu erklären, selbst wenn er nicht eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist. Daß er versucht haben soll, sich ein kommunistisches Abzeichen zu verschaffen, spricht nur um so mehr dafür, daß es sich um einen Nazi handelt; denn die Spitzel- und Schwindelmethoden werden nun einmal von der Nazi-Partei im politischen Kampf sehr gepflegt, wie die vielen Fälle zeigen, wo Nazis aus Betrunketheit oder aus noch elenderen Anlässen verunglückt sind und dafür Kommunisten des Ueberfalls beschuldigt haben, oder, wie erst vor kurzem der Fall Wittler in Berlin gezeigt hat, welcher ehrenwerte Herr in der Maske eines Kommunisten diese zu ungesetzlichen Handlungen verleiten wollte und nur dank ihrer Wachsamkeit hinter Schloß und Riegel gebracht werden konnte.

Es ist gewiß schwer, bei der Betrachtung solcher Taten objektiv und sachlich zu bleiben, und die politische Ueberzeugung wird hier viele blenden. So reaktionäre Leute, wie z. B. Herr Hugenberg, der Hauptmann der Telegraphen-Union, die von vornherein jeden Kommunisten für Lumpenpack halten, können überhaupt nicht über das Benehmen von Kommunisten sachlich urteilen. Das geht fast aus jeder Meldung der Telegraphen-Union über Kommunisten hervor. Das Gleiche findet man bei Meldungen über Nationalsozialisten, den Busenfreunden des Herrn Hugenberg. Wenn von diesen eine schmähliche Tat zu melden unerlässlich ist, dann findet sich dabei meist der Zusatz: „wie die Polizei berichtet“, oder: „handelt es sich angeblich“ u. s. w.

Wir sind hier so ausführlich darauf eingegangen, weil offenbar manchen Kreisen des deutschen Volkes noch nicht bewußt geworden ist, wie hanebüchen die Behandlung ist, die die Kommunistische Partei und mit ihr eine Millionenmasse von Volksgenossen erfährt, und zwar durch Private, Presse und Behörden.

An den Gräbern der Altonaer Opfer.

E. K. Hamburg, 26. Juli.

Gestern wurden sechs Opfer des Altonaer Blutsontags von ihren Parteigenossen zu Grabe getragen. Die SPD und das Reichsbanner beerdigten ihre toten Kameraden, Adolf Hagen (SPD) und Carl Rasch (Reichsbanner) um 15 Uhr auf dem Altonaer Zentralfriedhof. Zwei Stunden später, um 17 Uhr, folgte der Trauerzug der KP und der mit ihr sympathisierenden Organisationen auf demselben Platze. Parteilieb und Bruderkampf hatten nicht einmal vor den Toten Halt gemacht.

Zu beiden Begräbnissen waren etwa 10 000 Arbeiter aus Altona und Hamburg erschienen. Obgleich die Parteileitungen zu ihren verschiedenen Trauerkundgebungen aufgerufen hatten, beteiligten sich doch viele Arbeiter an beiden Trauerfeiern. Im Zug der SPD und des Reichsbanners marschierten auch einige KPD-Arbeiter aus den Wohnvierteln mit ihren Fahnen und Kränzen. Am Grabe riefen sie ihren Arbeitskameraden ein letztes „Rot Front“ zu. Am Zug der KP nahm eine Kranzdelegation des Reichsbanners aus dem Wohngebiet teil.

Reichstagsabgeordnete Frau Luise Schroeder (SPD) sagte in ihrer Rede:

„An dem Sarge fühlen wir brennend in uns die Pflicht zur Mahnung und zur Anklage der Schuldigen, daß sie an die Stelle geistigen Ringens die gewaltsame Auseinandersetzung gesetzt, daß sie statt der Waffe der Ueberzeugung die Waffe der Brutalität in die Hand genommen haben.“

Auch an den Gräbern der kommunistischen Opfer wurde der Bruderkampf nicht zurückgestellt. Die kommunistischen Genossen Schubert und der Vertreter der „Hamburger Volkszeitung“ wettelten gegen die SPD-Führer und SPD-Presse. Schweigend hörten sich Tausende von Arbeitern dies alles an. Sie hatten mehr Taktgefühl.

Wie unschuldig diese sechs Klassengenossen hingerichtet wurden, dafür folgende Aufstellung:

Adolf Hagen (SPD)
wurde als gänzlich Unbeteiligter beim Verlassen der Wirtschaft Hesse in der Holstenstraße erschossen.

Carl Rasch (RB)
wollte sein Fenster schließen und erhielt einen Kopfschuß.

Erna Sommer (parteilos)
stand mit ihrem Kinde auf dem Arm hinter dem geschlossenen Fenster. Eine Kugel tötete sie.

Willi Miersch (KPD)
wurde in seiner Wohnung erschossen.

Emil Fydrich (KPD)
wurde auf der Straße durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet.

Walter Jakisch (parteilos)
wurde als Passant auf der Straße erschossen.

Die Befehle des Herrn Reichspräsidenten.

Ahnungslose Leute glauben noch immer, das Deutsche Reich sei eine Republik, und die Reichsgewalt u. s. w. Durch ein an sich belangloses Rundschreiben des Herrn v. Schleicher, das er an den Generalleutnant v. Rundstedt gerichtet hat, bekommt man einen Begriff davon, wie diese Herren ihre Rolle und die des Reichspräsidenten ansehen:

„Allen an der Durchführung des Ausnahmezustandes in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg beteiligten Kommandobehörden und Truppenteilen spreche ich meinen Dank für die zum Besten von Staat und Volk geleistete Arbeit aus.“

Ihr festes und maßvolles Auftreten und die enge Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei hat den Befehlen des Herrn Reichspräsidenten Geltung verschafft und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder hergestellt, ohne daß die Truppe Waffengewalt anzuwenden brauchte.

Ich bin überzeugt, daß auch in Zukunft die Wehrmacht jede Erschütterung der Autorität des Reiches verhindern und im Notfall die Achtung vor Recht und Gesetz leicht und sicher erzwingen wird.

gez.: von Schleicher.“

Was die Arbeiter in Wirklichkeit wollen!

J. Ph. In den letzten ereignisreichen Tagen hatte ich Gelegenheit, in verschiedenen Gegenden Deutschlands, auf den Straßen, in Einheitsfront-Versammlungen die wahre Meinung der Arbeiter zu erfahren, so wie sie ungehindert von parteipolitischer Beeinflussung zu Tage kommt.

An dem Tage, an dem die Papen-Regierung ihren entscheidenden Vorstoß gegen die preußische Regierung Braun-Severing unternahm, standen nachmittags und abends überall die Arbeiter vor den Schaufenstern ihrer Parteizeitungen, kampfbereit debattierend. Sie gaben der Erwartung Ausdruck, daß der in Berlin versammelte Vorstand des ADGB zum Protest, wenn nicht gar zum Generalstreik wie 1920 aufrufen werde.

Es wurde für viele eine Enttäuschung, als sie auf den 31. Juli vertröstet wurden,

auf den Tag, an dem sich, wie die „Reichsbanner-Zeitung“ schrieb, zeigen müsse, daß der „Stimmzettel stärker als jede Gewalt“ sei. Daran glauben nicht viele.

Auch in den Versammlungen zeigte sich ein einheitlicher Kampfwille, allen Zweifeln und Parteigoisten zum Trotz. Wenn es auch in der vom ISK in Magdeburg noch zum gleichen Abend einberufenen Versammlung der einzige Diskussionsredner, ein Genosse von der SAP, fertigbrachte, unsere Arbeit für die Einheitsfront lächerlich machen zu wollen, Anklang fand er damit nicht. Zwei Versammlungen im Thüringer Wald zeigten deutlich den Willen zum gemeinsamen Kampf, die eine in Scheibe, vom ISK einberufen, die andere in Steinheid, vom Einheitsausschuß der proletarischen Organisationen veranstaltet. Der Redner, der die Absichten der Reaktion, die Gefahren, die uns alle bei einem Siege des Faschismus drohen, deutlich vor aller Augen führte, fand besonders Zustimmung zu der Fest-

stellung, daß der Nationalsozialismus nur von der Uneinigkeit der Arbeiterschaft lebt, daß also die entscheidende Aufgabe der Stunde die Herstellung der Einheitsfront ist. Keine parteipolitischen Quertreiber störten, niemand trug auch nur eins der Bedenken gegen eine wirklich ehrliche Einheitsfront vor, die in den Großstädten, vor allem auch in Berlin, als feige Ausreden das Zustandekommen der Einheitsfront bis heute verhindert haben.

In Steinheid brach die solidarische Stimmung durch in dem von Männern und Frauen, alten und jungen Genossen begeistert gesungenen Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“, gesungen in einem Saal, in dem tags vorher bei einer Nazi-Versammlung das Horst-Wessel-Lied erklungen war und der Nazi-Redner, noch dazu

ein Pfarrer, angekündigt hatte, nach Eroberung der Macht würden sie durch eine Volksabstimmung das Aufhängen aller sozialistischen Kämpfer beschließen lassen.

Heiterer nahm es die dortige Arbeiterschaft auf, als sie ein zirkusmäßiges Reklameplakat der NS mit folgendem Text angeschlagen fand:

„Auf seinem einzigartigen Rundflug durch Deutschland wird der Führer, Adolf Hitler, am Dienstag, dem 26. Juli, in Hildburghausen landen.“

Wenn nur das „einzigartig“ ungünstige Flugwetter ihm nicht einen Strich durch seine Reklame macht!

Trotz unseres Lachens, — diese Reklame zieht Tausende an, und die Arbeiterschaft wird alle Kraft hergeben müssen, wenn sie die faschistische Diktatur verhindern will. Sie wird sich auch da und gerade da nicht ausruhen dürfen, wo ihr der erste Schritt gelungen ist: die Bildung der Einheitsfront.

Nazi-Gemeinheit.

„Achtung! Heraus zur Kundgebung“

am Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im großen Stadtparksaal

gegen die Hinrichtung der 8 Negerknaben von Scottsboro

Massenprotest für die Freilassung der eingekerkerten proletarischen Kämpfer Tom Mooney u. John Billings. Sensationeller Bericht über Sowjet-Rußland. Außerdem der gewaltige Russenfilm „Feuertransport“. Es spricht die Genossin A. Kollner. — Eintritt 30 Pf. — Schallmeienkonzert. — Saalöffnung 7 Uhr. Veranstalter: Roto Hilfe, Kassel.

Proleten!

In einer Zeit, in der täglich 45 Menschen ihr Leben aus wirtschaftlichen Sorgen, durch Selbstmord beenden, wo die Massen deutscher Erwerbsloser hungrig durch die Straßen wanken, wo der größte Teil des Volkes der vollendeten Verelendung verfallen ist, hat die KPD nichts Besseres zu tun, als für die Freilassung irgendwelcher Nigger in Amerika zu demonstrieren.

Deutsche Proleten, habt ihr schon einmal gehört, daß die Neger für euch demonstrieren? Erwerbslose und Ausgesteuerte, so sorgt die KPD für eure Interessen!

Die wahre Vertretung findet der deutsche Arbeiter nur in der Nat. Soz. deutschen Arbeiter-Partei, denn ihr oberstes Ziel ist, dem deutschen Arbeiter Frieden — Freiheit — und Brot zu verschaffen.

Darum gebt den roten Arbeiterversätern die Quittung und wählt am 31. Juli Liste 2.“

Die ganze Brutalität und eigennützige Gesinnung der Nazis zeigt sich in diesem schamlosen Hetzblatt! Als ob sich der Helfer immer erst vorgewissern müßte, ob ihm der arme Hilferufende auch schon mal geholfen habe. In der Tat. Ein herrliches III. Reich! Nur der Deutsche hat noch ein Recht zum Leben; und von diesen nur der reinrassige, und von diesen? Wann werden sich die Landsknechte selber den Schädel einschlagen!

Deutsche Hochschullehrer verzapfen Unsinn für Hörer aller Fakultäten.

Wenn die Namen von deutschen Hochschullehrern einzeln in der Presse die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen, so geschieht dies meistens zugunsten von Taten, denen man mit Ruhe, meistens sogar mit Achtung folgt. Denn es handelt sich dabei entweder um wissenschaftliche Errungenschaften oder, was freilich leider selten geschieht, um ein charaktervolles Hervortreten für eine unbequeme Wahrheit.

Wenn aber ihre Namen in Massen auftreten, so pflegt das in der Regel die Ansammlung derrer zu sein, die sich nicht als Einzelne exponieren mögen, aber im Chor doch gern ihre Hochschulmeinung zum besten geben.

Wie im Beginn des Weltkrieges der Aufruf der 90 die gebildete Welt erschreckte, so treten jetzt in Deutschland am Vorabend des Bürgerkrieges wieder eine Schar von Professoren vor die deutsche Nation, um als „berufene“ Lehrer sich hinter eine Volksbewegung zu stellen, „deren deutscher Charakter, Gesinnungstreue und Organisationskraft heute nicht mehr in Zweifel gezogen werden darf“. Mit diesen Merkmalen belegen diese Herren die nationalsozialistische Bewegung. Sie gestehen, daß sie durch alle Bedenken hindurchgegangen wären, die intellektuellen Menschen bei einigen Zielgedanken der nationalsozialistischen Bewegung kommen könnten. Als den wesentlichsten Gedanken hätten sie aber vor allem die Bekämpfung des fremdrassigen Einflusses und die Einschränkung des Eigenwertes als grundsätzlich anerkannt.

Dieses „Dokument aus unserer Zeit Schande“ ist von 51 Universitätslehrern unterzeichnet worden. Daß kein Name darunter ist, der sich in der internationalen wissenschaftlichen Welt einen Ruf erworben hat, versteht sich bei dem Inhalt dieses Dokuments von selber. Aber leider werden diese ausgeruhten Köpfe, diese Verteidiger von Straßenterroristen, nicht nur weiter bezahlt werden, sie werden in der kommenden Epoche reaktionärer Kulturpolitik befördert werden und ihre Schürler zu Amt und Würden bringen, gerade auf Grund der Heldenleistung, die sie mit diesem Aufruf vollzogen haben.

„Ruhe und Ordnung“ im Vorraum des „Dritten Reichs“

St. Braunschweig, 26. Juli.

Am Sonntag vormittag wurden auf dem Löwenwall einige Reichsbannerkameraden von einem Trupp Nationalsozialisten angegriffen mit den Worten: „Herunter mit euren Mistforken!“ Zwei Genossen wurden von den Banditen so zugerichtet, daß man sie zum Verbinden ins Landeskrankenhaus schaffen mußte. Am gleichen Tage kam es im Bebelhof, einer Braunschweiger Arbeitersiedlung, zu unerhörten Zwischenfällen, die den Einwohnern einen Vorgeschmack vom „Dritten Reich“ gaben.

Viele linksgerichtete Mieter hatten in diesen Tagen, kurz vor der Wahl, demonstrativ geflaggt. Die Arbeiterfabne beherrschte das Straßenbild. Das gab den Anstoß: gegen mittag stürzte sich eine Horde SA wie toll auf das rote Tuch. Vierzehn Arbeiterfabnen gelangten in ihre Hände. Die bürgerlichen „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ schreiben von diesem Vorgang, das Ueberfallkommando sei nach dem Bebelhof gerufen worden, „wo Nationalsozialisten beschuldigt wurden, eine Fahne der Eisernen Front abgerissen zu haben“. Die Polizei kam — wie so oft bei solchen Vorfällen — zu spät. Sie dachte auch nicht daran, die Diebe nachträglich festzustellen und zu verhaften. Während des Ueberfalls selber waren die Mieter ihren Gegnern fast wehrlos überlassen. Die Arbeiter, die ihre Wohnungen selber hätten schützen können, waren zum großen Teil zu dieser Zeit nicht zu Hause.

Nach diesen Vorgängen und auf das Gerücht hin, daß die SA abends wiederkommen wolle, leiteten die Arbeiter des Bebelhofs für den Abend einen Selbstschutz ein. Die Genossen versammelten sich abends in den Räumen der Bebelhofer Wäscherei. Bei hereinbrechender Dunkelheit erschienen in der Tat ein Auto und mindestens sechs Motorradfahrer, die mit Braunhemden besetzt, die Straßen des Bebelhofs und des anstoßenden Häuserblocks durchrasten. Kurz darauf zeigte sich das Ueberfall-Kommando, nahm jedoch nicht die provozierenden Nazis fest, sondern verhaftete kurzerhand diejenigen, die sich zum Schutz gegen einen zweiten Ueberfall zusammengeschlossen hatten.

Forderungen an die „Metallarbeiter-Zeitung“.

Unter den Anträgen zum Verbandstag des DMV befinden sich eine Reihe Anträge, die eine Änderung der Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ fordern. Wir lassen diese Anträge folgen:

Opladen, Suhl, Tambach-Dietharz; F. Baum, Altenburg; K. Bergmann u. Gen., Gröna i. Sa.; K. Berleth u. Gen., Eisenach; W. Engelmann, Elsterwerda; P. Krauter, Berlin; Joh. Syndikus u. Gen., Dortmund; Fritz Trapp, Lüdenscheid. Die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist zu verpflichten, der Kriegsgefahr mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und auf der ersten Seite unserer Zeitung ständig die Vorbereitungen der imperialistischen Kriegstreiber zu enttuschen. Dazu gehört in erster Linie die wöchentliche Aufzählung der Betriebe, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial einsetzen oder schon begonnen haben, sowie die Enttarnung der Kriegsmaterialtransporte in und durch Deutschland. Darüber hinaus muß die ständige Aufforderung an die Metallarbeiter gerichtet werden, die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial durch Streiks zu verhindern.

Weimar. Von den Redaktoren der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist eine parteipolitisch neutrale proletarische Schreibweise und keine einseitige Stellungnahme für die Sozialdemokratie zu verlangen.

Zwickau. Die Schreibweise und die Stellungnahme des Verbandsorgans, der „Metallarbeiter-Zeitung“, gegenüber Sowjetrußland muß geändert werden. Es dürfen nicht nur die Mängel und Schwierigkeiten der Lebensverhältnisse der Arbeiter und der Wirtschaft geschildert, sondern müssen auch die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion den Metallarbeitern zur Kenntnis gebracht werden.

W. Meuche u. Gen., Leipzig. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ dürfen keine einseitigen politischen Artikel mehr erscheinen. Besonders ist die Einstellung der Propaganda für die „Eiserne Front“ und die „Hammerschiffen“ sofort vorzunehmen, da diese Organisationen nicht auf der Grundlage des Klassenkampfes geschaffen worden sind.

W. Müller u. Gen., Gevelsberg. Wir protestieren gegen die einseitige, scheinbar wahrheitsgemäße, aber in Wirklichkeit durch und durch unwahrhaftige Berichterstattung der „Metallarbeiter-Zeitung“ über die Sowjetunion. Der Verbandstag verlangt vom Schriftleiter Kollegen Kummer, sich nicht nur aus der „Turd“, wo einzelne Arbeiter einzelne Miß-

stände kritisieren, um dadurch Abhilfe zu schaffen, sondern sich auch persönlich über die Lage der russischen Wirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie und der Lage der Arbeiterklasse zu informieren, wie er das wiederholt in kapitalistischen Ländern getan hat.

W. Richter, Bautzen. Der Verbandstag beschließt, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht als einseitiges Parteiorgan mißbraucht wird.

Nachdem die „Metallarbeiter-Zeitung“ eine Zeitlang die Propaganda für die SPD einstellte, ist die Nr. 30 zu einer Wahlzeitung für die SPD geworden. Die Anträge, die die Forderung einer parteipolitisch neutralen Schreibweise erheben, haben also Berechtigung.

Unbedingt unterstützenswert ist der erste der hier veröffentlichten Anträge, der gute Vorschläge bringt, um die Kollegen auf die drohende Gefahr eines neuen Krieges hinzuweisen und sie gegen den Krieg zu aktivieren. H. D.

Ausdehnung des englischen Baumwollstreiks.

London, 27. Juli.

In Burnley haben sich nunmehr alle Weber dem am Sonnabend begonnenen Streik angeschlossen. Die Zahl der Streikenden hat sich damit auf 25 000 erhöht. Alle Baumwollwebereien in Burnley sind geschlossen.

Erfolgreicher Sympathiestreik.

(ITF) Nachdem die Hafendarbeiter auf die Forderung der Betriebsgemeinschaft der Donauschiffahrtsgesellschaften auf eine Erhöhung der Arbeitsleistung ohne entsprechende Erhöhung der jetzt schon niedrigen Löhne nicht eingehen wollten, wurden am 12. Juli in Wien 24 Hafendarbeiter entlassen. Die Folge davon war ein Solidaritätsstreik aller Hafendarbeiter am nächsten Tag. Am 14. Juli ist die Arbeit wieder aufgenommen worden; am selben Tag fanden zwischen den Vertretern der Gesellschaft und des Freien Gewerkschaftsverbandes, der zuständigen Organisation der Hafendarbeiter, Verhandlungen statt, wobei vereinbart wurde, daß alle entlassenen Arbeiter am 18. Juli wieder eingestellt werden.

Schweres Eisenbahnglück bei einem Berliner Bahnhof.

Am Mittwoch nachmittag, gegen 17 Uhr, entgleiste in der Nähe des Berliner Bahnhofes Gesundbrunnen ein aus Stralsund ankommender Personenzug. Bisher wurden im ganzen 30 Schwere und Leichtverletzte festgestellt, von denen 28 ins Krankenhaus überführt wurden. Die Ursache des Unglücks

Den letzten Nachrichten zufolge sind zwei Personen getötet und rund 50 zum Teil sehr schwer verletzt worden. Bei den beiden Toten handelt es sich um zwei Frauen. Während die Personalien der einen Frau noch nicht festgestellt werden konnten, wurde die andere als eine Frau Linkhorst aus der Schliemannstraße 39 erkannt, deren Ehemann sich unter den Schwerverletzten befindet.

Zum Untergang der „Niobe“.

Zur Untersuchung über das Kentern der „Niobe“ wird amtlich mitgeteilt:

„Die Untersuchung an Ort und Stelle, die Vernehmung des Kommandanten und die Berichte des Kapitäns Müller von dem Dampfer „Therese Ruß“ und des Kapitäns des Feuerschiffes „Fehmarn-Belt“ haben ergeben, daß die in Zeitungen ausgesprochene Vermutung, daß das Schiff zu viel Segel geführt habe, nicht zutrifft. Wie im amtlichen Bericht gemeldet, waren bereits um 14 Uhr die Obersegel festgemacht und vom Kommandanten die der Wetterlage entsprechenden Vorkorrekturen getroffen. Das Sinken des Schiffes ist nach den bis jetzt vorliegenden Feststellungen vielmehr darauf zurückzuführen, daß eine plötzlich einsetzende stark raumende Böe, die große Gefahr für jeden Segler, das Schiff in Bruchteilen von Sekunden zu hart auf die Seite legte, so daß es trotz Hartruderlage nicht zum Aufrichten gebracht werden konnte.“

Anläßlich eines so schweren Unglücks ist es selbstverständlich, daß der überlebende Kommandant zur Rechenschaft gezogen wird, damit öffentlich festgestellt wird, ob ein „unvorhersehbares“ Naturereignis oder ein Versagen der die Verantwortung tragenden Offiziere vorliegt.

Die Telegramme von hochgestellten Beamten, von Kirchenbehörden und nationalen Parteiführern, wie sie die Spalten vieler Zeitungen füllen, sprechen dagegen bereits keineswegs mehr von dem, was nötig ist. Am allerwenigsten aber sollte ein Wehrminister den Tod von jungen Menschen, die durch einen reinen Unglücksfall ersticken oder ertrinken, zum Anlaß nehmen, von der eigenen „stolzen“ Trauer zu reden und der Wehrmacht, wie Schleicher dies tut, in völliger Gefühllosigkeit das Wort zuzurufen:

„Ihr Opfer weist uns den Weg: Alles für Deutschland!“

Urabstimmung im belgischen Kohlenstreik.

Die von den Gewerkschaften veranlaßte Urabstimmung unter den belgischen Bergarbeitern hat ergeben, daß 88 Prozent der Mitglieder gegen die Wiederaufnahme der Arbeit sind.

Infolge zu hoher Geschwindigkeit verlor der Monteur M. aus Rathenow auf der Chaussee nach Potsdam die Gewalt über sein Motorrad und fuhr gegen einen Chausseebaum. Sein Mitfahrer Zimara aus Rathenow erlitt schwere Verletzungen, daß er daran starb. M. selber kam mit leichten Verletzungen davon.

Der Leiter der Berliner Polizeipressestelle, der Sozialdemokrat Dr. Th. Haubach, ist seines Postens entthoben worden; sein bisheriger Stellvertreter, Dr. Bloch, wurde sein Nachfolger im Amt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 u. Tel.: P 7 Jannowitz 5900. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Kleinsiedlung als Wahlreklame.

Die Regierung als Rechenkünsterin.

Berlin, 27. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem nunmehr der erste und zweite Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose organisiert ist und das Prüfungsverfahren für die Zukunft den Landesbehörden übertragen werden konnte, gehen die Geschäfte mit dem 1. August auf den Reichsarbeitsminister über und werden dort in der Abteilung IVc bearbeitet werden. Reichskommissar Dr. Saassen hat am 26. Juli 1932 dem Reichskanzler über das bisherige Ergebnis der Siedlungsaktion in einem längeren Vortrag Bericht erstattet und kehrt nunmehr in sein Amt als Regierungspräsident von Trier zurück. Der Bericht des Reichskommissars wird im Wortlaut im „Reichsarbeitsblatt“ vom 5. August 1932 veröffentlicht werden. In diesem Bericht stellt der Reichskommissar als Ergebnis seiner Tätigkeit folgendes fest:

Mit den 75 Millionen Mark des ersten und zweiten Bauabschnittes werden zusammen rund 27 000 vorstädtische Kleinsiedlungen und 80 000 Kleingärten gefördert. Legt man je Siedler bzw. Kleingarten eine Familiengröße von fünf Köpfen zugrunde, was die in den Richtlinien vorgeschriebene Bevorzugung der Kinderreichen rechtfertigt, so kommt die diesjährige Aktion rund 107 000,5 = 535 000 Menschen zugute.

(Wir sind so bösartig, die Rechnung fortzusetzen: Wenn 75 Millionen Mark auf 535 000 Menschen verteilt werden, so entfällt auf den Kopf die Riesensumme von 140 Mark.)

— Damit läßt sich allerdings nicht viel Reklame machen!) Ueber den Erfolg läßt sich naturgemäß zurzeit ein endgültiges Urteil noch nicht abgeben. Ganz abgesehen davon, daß sich die meisten Kleinsiedlungen gegenwärtig noch im Bau und die Mehrzahl der Kleingärten noch in der Anlage befinden, ist der Erfolg einer Siedlungsaktion auch nicht so sehr durch die Errichtung der Siedlungen als vielmehr durch das Ergebnis ihrer Bewirtschaftung bedingt. Schon jetzt darf jedoch festgestellt werden, daß die Durchführung des Kleinsiedlungsprogramms der Reichsregierung zu einer wesentlichen Vereinfachung des Bauens und zu einer erheblichen weiteren Senkung der Baukosten geführt hat. Auch ein günstiger Einfluß auf die Stimmung der Erwerbslosen ist nicht zu verkennen. Die Siedler selbst freuen sich, dem unfreiwilligen Nichtstun entronnen zu sein und nutzbringende Arbeit an dem Aufbau eines eigenen Heims leisten zu können, das ihnen und ihrer Familie noch vor Beginn des nächsten Winters Obdach geben soll. Zahlreiche weitere Erwerbslose hoffen und warten darauf, daß auch ihnen demnächst eine gleiche Möglichkeit geboten werde.

Für die Siedler und ihre Familienangehörigen wird im übrigen der dauernde Erfolg von dem Gelingen der Umstellung auf die neuen halbländlichen Verhältnisse und von der Erzielung eines höchstmöglichen Ertrages aus Garten und Kleintierhaltung abhängen. Für beide ist neben dem guten Willen der Siedler eine geeignete Betreuung und insbesondere eine ausreichende Wirtschaftsberatung nicht zu entbehren. Aufgabe der Gemeinden ist es, sie einzurichten; Reich und Staat müssen sie durch Anregung und Ueberwachung fördern.

Auf diese Weise läßt sich der Erfolg der Siedlungsaktion für die Siedler selbst sichern. Soll dieselbe darüber hinaus für das Millionenheer unserer Erwerbslosen Bedeutung haben, so darf die bisherige Arbeit nur der Anfang der Ausführung eines großartigen Siedlungswerkes sein, das neben der ländlichen Siedlung über Jahre und Jahrzehnte fortgesetzt werden muß, damit es zu einer durchschlagenden Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft führen kann. Das

Zukunftsziel muß sein, den Kleinwohnungsbedarf der städtischen Bevölkerung möglichst weitgehend in der Form der vorstädtischen Kleinsiedlung zu decken,

die die Menschen hinausführt aus der Enge der Städte in die freie Natur, sie auf eigener Scholle seelisch gesunden läßt, und ihnen wenigstens einen gewissen Schutz gibt gegen Wirtschaftskrisen, die auch in Zukunft nicht ausbleiben werden.

Die Regierung sorgt also bereits für die nächste Krise vor? Eine etwas weitgehende Vorsorge, solange es ihr nicht gelingt, die gegenwärtige Krise zu mildern. — Es handelt sich um Wahlpropaganda!

Am Verfassungstag wird laut Beschluß der Reichsregierung in der Reichsverwaltung Sonntagsdienst gemacht.

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd netto nur 2,20 RM.
E-Fel Haus gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**,
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104. H. v. I.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung

J. Fürchtenicht
GÜTTINGEN, Nikolausberger Weg 87.

BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
Ab 28. Juli: Der Russenfilm:
Iwan der Schreckliche
Ab 29. Juli: G. W. Pabst
Westfront 1918
Vier von der Infanterie
Anfangszeiten: 19, 18 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werd Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einblendung
unserer Inserenten!

**Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften**

bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdrucker und Verleger GmbH
April 5036, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer 11 (Morgenpost)

Die Gerichtsverhandlungen gegen die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten

zeigte deutlich,
welche unklaren Vorstellungen über Währungsfragen

vorhanden sind und wie notwendig es also ist, sich auch mit denjenigen Geldtheorien auseinanderzusetzen, denen die Freigeldlehre Silvio Gesells zu Grunde liegt.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer 52 Seiten Brosch. 40 Pf.

Mit dieser Schrift bekommt jeder ein Rüstzeug in die Hand, das ihn befähigt, Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8
Postscheck-Konto: Berlin Nummer 312 42

Die Rechte und ihre Schleppenträger.

M. S. Die Rundfunkrede des Vorsitzenden der Wirtschaftspartei **Drewitz** am Mittwoch empfahl sich in jeder Hinsicht den künftigen Herren des Volks. Es hält wirklich schwer, jenes Maß an Feigheit immer wieder ins Licht zu rücken, das sich bei einer Kurswendung allemal bei denen zeigt, die in solchen Augenblicken keine anderen Anstrengungen zu machen wissen, als sich der Gesinnung ihrer mutmaßlichen Vorgesetzten anzupassen. Die Kriecherei begann mit der Feststellung, daß die Wirtschaftspartei immer eine nationale Partei gewesen sei. Sie steigerte sich zu der kühnen Behauptung, daß der Geist der Wahrhaftigkeit im Mittelstand (ausgerechnet da!) niemals erloschen sei, niemals seit den Tagen, seit die Landsturmleute 1813 gegen Napoleon zu Felde gezogen seien. Sie ging dann zu der an sich gewiß richtigen Behauptung über, daß die Wirtschaftspartei es an der Mitwirkung im Kampf gegen den Young-Plan nie haben fehlen lassen... — Genug!

Erheblich selbstbewußter treten die Vereinigten Vaterländischen Verbände auf, auch sie freilich, ohne es mit der Wahrheit allzu genau zu nehmen. Sie teilen der Welt mit, daß das Reichskabinett als eine über dem Parteikampf stehende Regierung mit der Beseitigung der Preußen-Regierung den ersten Schritt getan habe, das Deutsche Reich nach außen wieder verhandlungsfähig zu machen und damit dem Volk endlich die Vorbedingung für Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung verschafft zu haben wie im *kaiserlichen Deutschland*. Französische Zeitungen gibt es offenbar für den Präsidenten dieser Verbände, den Grafen von der Goltz, nicht. Sonst könnte er einmal nachlesen, wie verhandlungsfähig sich die deutsche Rechtsregierung im Urteil der Franzosen in Genf und Lausanne erwies und wie werbend die deutsche Innenpolitik auf die gesamten Diplomaten des Auslandes gewirkt hat. Die Vergleichung der Papenschen Methoden mit denen des kaiserlichen Deutschland ist leider nur insofern richtig, als beide Regierungschefs es in der Kunst, sich als nicht sehr verhandlungsfähig zu erweisen, weit gebracht haben.

Diese Töne der Nachläufer und Mitläufer werden durch die Worte und Taten der Nazis dauernd weit überboten. Am Dienstag erklärte der Nazi **Rotschke** in einer Berliner NS-Versammlung wörtlich: „Wenn Ihr angegriffen und beleidigt werdet von dem Mordgesindel, verteidigt Euch so, daß Ihr die Stärkeren seid. Mit welchen Mitteln, ist uns egal... Bis Sonntag soll Papen die Geschäfte führen, am Montag aber die politische Macht an Adolf Hitler abgeben... Ende August soll das Hakenkreuzbanner als Staatsflagge vom Reichspräsidentenpalais wehen.“ Diesem offenen Schüren des Terrors in Wahlversammlungen tritt in diesen Tagen der plumpe, aber darum nicht minder niederrührige Versuch zur Seite, gegen die hessische Regierung einen Verdächtigungsfeldzug in Szene zu setzen, der, wenn es nach der Absicht der Anstifter ginge, zu einem Eingreifen des Reiches nach dem Muster Preußens führen würde.

Wie bereits gemeldet, hatte das NS-Blatt Darmstädts unter dicken Schlagzeilen einen Artikel gebracht über Geheimdokumente aus den Diensträumen der hessischen Polizei, die sich auf kommunistische Umsturzpläne beziehen. Es konnte sofort festgestellt werden, daß das Dokument überhaupt gar nicht aus Hessen, sondern aus Braunschweig stamme. Amtlich wurde dem Blatt mitgeteilt, daß dieser Artikel eine böswillige Verleumdung der hessischen Regierung darstelle und daß die Regierung nur mit Rücksicht auf den Wahlkampf von einem Verbot des Blattes absehe.

Was tun die NS? Sie stellen Strafantrag gegen das hessische Gesamtministerium wegen Begünstigung der hoch- und landesverräterischen Absichten der KPD, die in den fraglichen Dokumenten aufgedeckt worden sei. Unterzeichnet ist dieser Antrag von den Verfassern der Boxheimer Dokumente, unter denen als Erster Best figurirt. Der Antrag ist an den Oberreichsanwalt in Leipzig gerichtet. Er erhebt besonderen Vorwurf gegen den sozialdemokratischen Innenminister **Leuschner**.

Man fragt sich mit Staunen, was die geschäftsführende hessische Regierung sich davon verspricht, statt des Verbots einer derartigen politischen Schmutzpresse den Lesern lieber „den wahren Sachverhalt vor Augen zu führen“. Eine Öffentlichkeit, der man so grobe Verstöße gegen Anstand und Ehrlichkeit zumuten kann, ohne daß die Täter sich damit selber erledigen, befindet sich in einem Zustand, in dem Richtigstellungen mit Verhetzungen nicht mehr konkurrieren. Das „Niedrigerhängen von Pasquillen“ (von Schmähschriften), das Friedrich der Große noch mit Aussicht auf Erfolg anwenden konnte, weil die Gehirne seiner Untertanen noch besser intakt waren als die der heutigen Republikaner, hat seine Grenze.

Die weitherzige, aber völlig unangebrachte Toleranz der sozialdemokratischen hessischen Minister findet denn auch in den Kreisen der Rechten, die wissen, was sie wollen, keinerlei Nachahmung. Vor einigen Tagen standen im „Angriff“ für die proletarischen Volksgenossen folgende Sätze: „Rente! Rente! Rente!!! Jahrzehntlang habt Ihr geschuftet, um im Alter, eine Unterstützung zu erhalten! ... Im Felde hast Du, Volksgenosse, Deine Pflicht erfüllt. Zerschossen kamst Du zurück. Des Vaterlandes Dank war: Deine Rente!“ Nachdem dann die Herabsetzung der Renten dem „System“ tüchtig vorgehalten ist, wird versprochen, daß die NS für eine großzügige Altersversicherung sorgen, daß sie die Volksgenossen nicht mit Almosen und Bettelpfennigen abspesen würden.

Kaum stand dies im „Angriff“ zu lesen, so erschien eine Erwiderung im „Ring“, der Zeitschrift des Herrenklubs, die sonst mit den NS in guter Fühlung steht. Der „Ring“ macht den Nazis klar, daß sie mit solchen Formeln Hoffnungen und Ansprüche erwecken, die völlig unerfüllbar seien. Und dann sofort die eindringliche Warnung, mit solchen Propagandamitteln aufzuhören: „Es scheint uns an der Zeit, daß die Parteileitung die Agitation der Berliner Unterführer auf ihre allgemeine, auch von uns anerkannte Gesinnungslinie zurückbringt.“

Der sonst so schlagfertige Berliner „Unterführer“ **Goebels** hat bisher noch nicht geantwortet. Wahrscheinlich muß sich die Parteileitung erst überlegen, wie man den Zurechtweisungen des Herrn von Gleichen auf eine unauffällige Weise nachkommt.

Wie anders würden die Chancen der deutschen Arbeiterschaft stehen, wenn ihre Führer den Nazis gegenüber auch das Wort gefunden hätten: „Es scheint uns an der Zeit ...“

Uns allen schien es in der vergangenen Woche „sehr an der Zeit“!

Papen festigt seine Macht.

Otto Braun empört sich brieflich.

Im Reichsrat war am Mittwoch nachmittag in einer Ausschuß-Sitzung der stellvertretende preußische Ministerpräsident **Hirtsiefer** erschienen. Herr von GAYL erklärte, die Verhandlung nicht eher zu eröffnen, bis **Hirtsiefer** den Saal verlassen habe, und drohte schließlich nach bewährtem Muster, ihn mit Gewalt aus dem Saal entfernen zu lassen. **Hirtsiefer** verließ darauf den Saal.

Die Reichsregierung hat die Mitglieder der Regierung **Braun** ihrer Funktion als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat enthaben und an ihre Stelle die zu kommissarischen Ministern ernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt. Damit tritt der Fall ein, daß die Männer, die gegen eine Maßnahme der Reichsregierung protestieren könnten, und die einer Art von Kontroll-

organ der Reichsregierung, nämlich dem Reichsrat angehören, von eben derselben Regierung instruiert werden, die von ihnen sozusagen kontrolliert werden soll. Selbstverständlich ist dies ein unmöglicher Zustand. Die meisten Länder haben denn auch dagegen protestiert, natürlich mit demselben Ergebnis wie bisher, daß die Reichsregierung sich um keine Proteste kümmert, selbst wenn es sich um so schwere Vorwürfe handelt wie den, daß ihr Benehmen verfassungswidrig sei.

Es hat deshalb auch wenig Sinn, daß der preußische Ministerpräsident **Otto Braun** in einem langen Briefe an den Reichskanzler versucht, diesen von der Unzulässigkeit der Absetzung der preußischen Regierung zu überzeugen. Wir halten es sogar für reichlich überflüssig, selbst jetzt noch — und Herrn **Papen** gegenüber — zu betonen, wie tüchtig die preußische Regierung in der Bekämpfung der Kommunisten immer gewesen sei.

Der Brief an **Papen** kann um so weniger Eindruck machen, als am Schluß dieses Briefes **Otto Braun** an seine Parteigenossen und an alle Republikaner die dringende Bitte richtet: „Trotz unserer sich gegen das uns angetane Unrecht aufbauenden Empörung weiter ruhiges Blut zu bewahren“ und am „31. Juli die Treue zur Verfassung und zum freien Volksstaat zu bekunden und jedem weiteren gefährlichen Experiment den Boden zu entziehen“.

Rechtzeitig vor der Wahl!

Ein Kenner des Lebens hat gelegentlich gesagt: Es wird nie so viel gelogen wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd. Daran muß man denken, wenn man die Enthüllungen erfährt, die jetzt einander jagen. Die neueste besteht darin, daß die alte preußische Regierung, wenigstens das Finanzministerium, „ohne Wissen und Willen des Landtages über die Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H.“ allgemeine Steuergelder verausgabt haben soll. Einen entsprechenden Ausschuß einzusetzen, hat die nationalsozialistische preußische Landtagsfraktion beantragt.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, das Berliner Naziblatt mit Tarnkappe, weiß es sogar noch genauer; er bringt die Meldung, die alte preußische Staatsregierung habe bei der Preußenwahl zwei Millionen Mark aus Staatsmitteln für Wahlpropagandazwecke den drei Weimarer Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei) zur Verfügung gestellt.

Für diesen Fall hat zur Abwechslung die deutschnationale Landtagsfraktion einen Untersuchungsausschuß beantragt.

Zu der angeblichen Verwendung von Steuergeldern für Wahlzwecke der Parteien der Weimarer Koalition wird amtlich mitgeteilt:

Das bisherige Untersuchungsergebnis in bezug auf die in der Presse erschienenen Nachrichten über eine Beeinflussung der Preußenwahlen aus amtlichen preußischen Mitteln hat den Reichskommissar für das Land Preußen dazu veranlaßt, in dieser Sache und in einer Reihe von ähnlich gelagerten Fällen, die inzwischen bekannt geworden sind, den kommissarisch als Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium tätigen Ministerialrat **Dr. Landfried** und Ministerialrat **Dr. Schütze** im preußischen Innenministerium mit der Feststellung des Tatbestandes zu beauftragen.

Der „Vorwärts“ teilt dazu kurz mit, daß es sich lediglich um Wahlmanöver von rechts handele.

Der Hauptleiter der NSDAP in Hessen, Reichstagsabgeordneter **Lenz**, richtete am Mittwoch an den Oberreichsanwalt in Leipzig ein Telegramm, in dem es heißt: „Der hessische Innenminister **Leuschner** versucht, unter amtlichem Deckmantel durch Zwangsmaßnahmen gegen die Presse und dergleichen die Angelegenheit der kommunistischen Dokumente zu verschleiern. Die Bevölkerung Hessens hofft auf die sofortige Verhaftung **Leuschners** wegen Verdunkelungsgefahr.“

Der vor einigen Tagen auf Grund der Denunziation der „Berliner Börsen-Zeitung“ verhaftete Reichsbannerführer **Brauer** ist aus der Haft entlassen worden.

Aus dem bewaffneten Klassenkampf.

In Ruhla bei Eisenach veranstalteten Erwerbslose einen Demonstrationenzug, dem die Polizei entgegentrat. Dabei kam es zu Kämpfen, bei denen zwei Polizisten schwer verwundet wurden und ein Arbeiter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

In Oberwehl bei Gummersbach wurden in einer Schlacht zwischen Reichsbannerleuten und NS ein Nationalsozialist getötet, ein anderer schwer verletzt.

In zwei braunschweigischen Dörfern (Boimstorf und Thedinghausen) kam es bei Schlägereien mit Nationalsozialisten zu Schießereien und zahlreichen Verletzungen.

In Leipzig wurde auf dem Karl-Marx-Platz eine blutige Schlägerei fortgesetzt, die in einem Vorort angefangen hatte. 13 Personen wurden verwundet.

In Essen fand am Dienstag nachmittag in den Straßen eine Schießerei statt zwischen NS und Kommunisten, bei der zwei Nationalsozialisten verwundet wurden.

Am Köllnischen Platz in Köpenick (Berlin) wurde am Mittwochmorgen ein Lastauto von der Polizei angehalten, auf dem 25 uniformierte Nationalsozialisten saßen. Es wurden 4 Armeepistolen, ein Revolver, Schlagwaffen und schwere Steine gefunden. Der Lastwagen mit seinen Insassen wurde zur Politischen Polizei geführt.

Zahlreiche Nazilastautos durchfuhren am Mittwoch Berlin. Sie waren herbeigeht zu der Sportveranstaltung der NSDAP im Grunewald, auf der **Goebels** und **Hitler** sprachen; die Insassen der Lastautos, die nachts auch vor dem Gebäude des ADGB hielten, demonstrierten für die Harmlosigkeit der nur auf sportliche Betätigung erpichteten deutschen Wehrverbände, getreu nach der Methode, nach der **Gayl** diese Mannschaften in seinem Interview gegenüber **Sauerwein**, dem bekannten französischen Pressevertreter, gekennzeichnet hatte.

Am Dienstag abend wurde in Breslau eine nicht angemeldete öffentliche Versammlung der KPD, zu der durch Flug-

zetteln aufgerufen worden war, von der Polizei aufgelöst. Im Lokal wurden zahlreiche Schlagwerkzeuge gefunden; 47 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Bewaffnete Selbstschutzorganisationen eine „irrige Auslegung“.

Der Chemnitzer Oberbürgermeister **Arlart** hat in den städtischen Betrieben einen Aufruf zur Bildung eines bewaffneten Selbstschutzes durch die städtischen Beamten erlassen. Er bezieht sich in dem Aufruf auf eine Mitteilung des rechtsgerichteten Chemnitzer Polizeipräsidiums, in der es heißt, daß bei stärkeren, unter Umständen auch auf dem flachen Lande vielleicht gleichzeitig an vielen Stellen auftretenden Unruhen die staatliche Polizei so in Anspruch genommen sein könne, daß sie nicht gleich in der Lage sei, für wichtige städtische Dienstgebäude, Werke u. s. w. den notwendigen polizeilichen Schutz zu stellen. Es solle daher ein städtischer Selbstschutz aufgestellt werden, der nur für diesen äußersten Notfall tätig werden und vor allem das unbefugte wilde Eindringen in die Gebäude solange verhindern solle, bis es gelinge, polizeilichen Schutz zu bekommen. Dieser einzurichtende Selbstschutz solle mindestens zu einem Teil mit Schusswaffen (Pistolen) ausgerüstet werden.

Die sächsische Regierung läßt hierzu mitteilen, daß es sich offenbar um „eine irrige Auslegung einer internen Dienstankündigung“ handle. Es sei allerdings von Selbstschutzmaßnahmen die Rede gewesen, aber von städtischen Einrichtungen seien lediglich technische Betriebe (!) erwähnt worden. — Gegen den allzu eifrigen Polizeipräsidenten sollen Schritte unternommen werden. Der Selbstschutz der Beamten, der ein Schlaglicht auf das Urteil der städtischen Behörden zur politischen Lage wirft, soll offenbar wieder im Dunkel verschwinden.

Heraus zur Krieg dem Kriege! Öffentlich. Massenkundgebung

Krieg dem Faschismus!

Redner:

Rudolf Rocker Maria Hodann Hein Herbers

Montag, den 1. August, 20 Uhr,

Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15

Deutsche Friedensgesellschaft

Internationaler Soz. Kampf-Bund (ISK)

Freie Arbeit. Union Deutschlands (A-S)

Unkostenbeitrag 20 Pfennig, für Erwerbslose 10 Pfennig.

Kampf für proletarische Einheit!

Molotow: Erfolge und Aufgaben der Sowjetlandwirtschaft.

Über die Wirkungen der Kollektivisierung der Landwirtschaft in der Sowjet-Union sind bestenfalls die russischen kommunistischen Führer unterrichtet. Auch sie sind natürlich weitgehend statt auf eigenen Augenschein auf Berichte angewiesen, und diese Berichte sind sicher häufig in der Richtung der jeweiligen Parteilinie schöngefärbt. Immerhin, wenn überhaupt jemand etwas von den Wirkungen der Kollektivisierung weiß, so sind es die russischen Führer.

Aber können wir von ihnen viel Wissenswertes erfahren? Ja! Wenn wir versuchen, in ihren Berichten zwischen den Zeilen zu lesen!

Die KP muß sich um die Landwirtschaft kümmern!

... Die gegenwärtige Konferenz ist ganz den Fragen der Hebung der Landwirtschaft, der Durchführung der Ernte und der Getreideaufbringungskampagne und in Verbindung damit der wirtschaftlichen Festigung unserer Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter gewidmet. Das Zentralkomitee der KPSU hat richtig gehandelt, diese Frage in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Parteiorganisation der Ukraine zu stellen.

Die Grundlage unseres sozialistischen Aufbaus ist der Kurs auf die sozialistische Industrie des Landes. ... Zugleich muß man feststellen, daß in einigen Fällen die riesigen, wirklich mitreißenden Aufgaben des Aufbaus auf dem Gebiet der Industrie die Aufmerksamkeit unserer Organisation und ihrer Führer so sehr fesseln, daß den Fragen der Hebung der Landwirtschaft nicht das erforderliche Augenmerk geschenkt wird. Eine solche Lage hatten wir in der letzten Zeit auch hier in der Ukraine, wo neue Industrieriesen gebaut werden, wo solche Industriegiganten emporwachsen, wie Traktorstroj, Dnjeprostroj, Turbinostroj, Maschinenfabrik in Kramatorg und andere. Man wird aber nicht umhin können die Unzulässigkeit einer solchen Lage zuzugeben. ...

Die Ukraine als leuchtendes Beispiel. Inwiefern?

Die Ernteaussichten dieses Jahres gestalten sich günstiger als im vorigen Jahre. ... Die Ergebnisse der Saatkam-

Wir geben daher im folgenden einige wichtige Stellen aus der Rede wieder, die Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, kürzlich auf der III. Ukrainischen Konferenz der KPSU gehalten hat. Der Text stammt aus der Uebersetzung, die von der kommunistischen „Internationalen Presse-Korrespondenz“ verbreitet wird (Nr. 59 vom 19. Juni 1932). Einige Erläuterungen haben wir in Klammern eingefügt. Die Ueberschriften stammen von uns und sollen dem Leser teils die Lektüre erleichtern, teils ihn dazu anregen, zwischen den Zeilen zu lesen. Rpt.

pagne zeugen von einem Riesenerfolg der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter in der Sowjetunion. ...

Ein leuchtendes Beispiel in dieser Beziehung ist die Ukraine, die hinsichtlich der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in den ersten Reihen marschiert. In der Ukraine entwickelt sich in den letzten Jahren rasch der Aufbau von Sowjetgütern. In den Kollektivwirtschaften sind bereits 70 Prozent der bäuerlichen Betriebe vereint. Von der Aussaatfläche dieses Jahres entfallen 81 Prozent auf die Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften. ...

... als warnendes Beispiel. Inwiefern?

Dennoch müssen wir gegenwärtig mit einer solchen Tatsache rechnen, wie mit dem Aussaatrückstand dieses Jahres in der Ukraine.

Der Plan der Aussaatkampagne hat sich hier als nicht erfüllt erwiesen, und in einer Reihe von Bezirken sind infolge dieser Fehler, die man während der Getreideaufbringung zugelassen hat, Ernährungs Schwierigkeiten eingetreten. Für eine erhebliche Anzahl von Kollektivwirtschaften in diesen Bezirken ist diese Lage auch bis jetzt noch nicht überwunden. (Am 25. Mai waren in der Ukraine nach einem Bericht der „Moskauer Rundschau“ 4 Millionen Hektar weniger angebauet als im Vorjahre.)

Was ist schuld? Das Prinzip der Gleichmacherei.

Im Wege der Selbstkritik müssen wir zugeben, daß die Bolschewiki der Ukraine in der letzten Periode mit diesen Aufgaben nicht fertig geworden sind. Das Resultat ist die ungenügende Durchführung der Saatkampagne und zahlreiche Fehler, während der Getreideaufbringung.

Die leitenden Organe hatten keine rechte Vorstellung.

Man kann sich nicht der Feststellung entziehen, daß die leitenden Organe sich bei Beginn der Aussaat keine richtige Vorstellung von den Hauptschwierigkeiten dieser Kampagne in einzelnen Bezirken, besonders in den Gebieten von Winitza und Kiew, gemacht haben. (In dem Kiewer Gebiet war nach einem Bericht der bürgerlichen Korrespondenz „Industrie und Handel“ bis zum 5. Juni von einer zur Bestellung mit Sommerfrucht vorgesehenen Fläche von 2,1 Millionen Hektar nur wenig mehr als die Hälfte, nämlich 51,7 Prozent angehärt; der Vorschlag für Flachs war nur zu 45 Prozent, der für Hanf nur zu 18 Prozent erfüllt.)

Erst mit Verspätung ist die notwendige Aufmerksamkeit auf diese Bezirke gelenkt worden. Die ungenügende Organisation der Getreideaufbringungskampagne wirkte sich unter anderem darin aus, daß nicht selten Bezirke und Kollektivwirtschaften, die den Plan der Getreideaufbringung erfüllt hatten, neue Aufgaben zugeteilt erhielten, was sich mitunter drei und vier Mal wiederholte. (Das heißt, nachdem eine Wirtschaft den Ablieferungsplan erfüllt hatte, wurden von ihr neue Lieferungen zu den niedrigen staatlich festgesetzten Preisen verlangt. Wie weit der Druck der Regierung die jetzt getadelten einzelnen Maßnahmen hervorrief, untersucht Molotow wohlweislich nicht.) ...

Die leitenden Organe erfuhren nicht, was los war.

Ein besonders schlechtes Merkmal ist der Umstand, daß in einigen Fällen der Hinweis auf negative Momente in der Arbeit der Kollektivwirtschaften und überhaupt in der Landwirtschaft allzu spät die leitenden Organe in der Ukraine erreichte. Eine gewisse Bedeutung hatte hierbei, daß den leitenden Organen in der Ukraine bis zuletzt 500 und mehr Bezirke unterstellt waren. Man muß zugeben, daß dabei die praktische Führung der Bezirke nicht gewährleistet war. ...

Kampf gegen Verschleierungsversuche.

Es bestehen jetzt Versuche, die Mängel der Arbeit in der Landwirtschaft der Ukraine zu verschleiern, indem man die negativen Tatsachen der letzten Getreideaufbringungskampagne in der Ukraine auf „äußere“ Ursachen zurückführt, auf den Umfang des Aufbringungsplans u. s. w. Diesen antibolschewistischen Versuchen muß entgegengetreten werden.

Man muß sich Rechenschaft darüber ablegen, worin die Hauptmängel unserer Aufbringungstätigkeit in der letzten Periode bestanden haben. Ohne eine klare Antwort auf diese Frage kann man keine richtigen politischen und praktischen Schlußfolgerungen für die folgende Aufbringungskampagne machen.

Gleichmacherische mechanische Behandlung.

Welche Antwort gibt unsere Partei auf diese Frage? Ich berufe mich auf den letzten Beschluß des ZK der KPSU über die Getreideaufbringungskampagne. ... Es wird folgendes gesagt: „Der Hauptfehler unserer Aufbringungstätigkeit im verflossenen Jahre, besonders in der Ukraine und im Ural, besteht darin, daß der Plan der Getreidebeschaffung nach Bezirken und Kollektivwirtschaften umgelegt und nicht organisiert durchgeführt wurde, sondern „spontan“, nach dem „Prinzip der Gleichmacherei; er wurde mechanisch durchgeführt, ohne Berücksichtigung der Lage in jedem einzelnen Bezirk, ohne Berücksichtigung der Lage in jeder einzelnen Kollektivwirtschaft.“ ...

Man muß zugeben, daß die gleichmacherische mechanische Behandlung der Bezirke und Kollektivwirtschaften während der Getreideaufbringung im verflossenen Jahre in einer Reihe von Bezirken und in einer erheblichen Anzahl von Kollektivwirtschaften äußerst negative Ergebnisse hervorgebracht hat. Man muß entschieden auf diese unzulässige Praxis verzichten, indem man die Arbeit entsprechend den Forderungen der Partei umstellt.

Dies muß heute im besonderen den Funktionären in der Ukraine in Verbindung mit der beginnenden Aufbringung der neuen Ernte ins Gedächtnis gerufen werden. Dies ist um so notwendiger, als die Fehler bei der Aufbringungsstätigkeit des verflossenen Jahres die Gefahr von Demobilisationsstimmungen in einigen Schichten der Parteiorganisationen schaffen. ...

Wurde zu viel Getreide verlangt?

Es sind jetzt Versuche festzustellen, die aufgezählten Tatsachen mit dem Umfang des Aufbringungsplanes im vorigen Jahr zu erklären und daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß eine Revision des für dieses Jahr aufgestellten Plans notwendig ist. Es ist aber bekannt, daß mit Rücksicht auf die Besonderheiten dieses Jahres der Getreideaufbringungsplan für die Ukraine und für andere Bezirke gegenüber dem Vorjahr erheblich herabgesetzt worden ist. (Insgesamt wurden für die Sowjet-Union die aufzubringenden Getreidemengen — verglichen mit dem Vorjahr — von 1400 Millionen Pud auf 1160 Millionen Pud herabgesetzt, um einen freien Handel mit Getreide in Gang zu bringen und die Bauern durch die dabei löckenden Gewinnmöglichkeiten zur Erhöhung der Produktion anzureizen.) ...

Den Umfang des Aufbringungsplans verantwortlich für die Resultate der Getreideaufbringung des verflossenen Jahres machen, heißt, die Frage der Fehler der Aufbringungstätigkeit der letzten Periode verkleistern. Wir würden dann nicht nur nicht imstande sein, diese Fehler bolschewistisch zu kritisieren, auf welche Notwendigkeit die Partei hinweist, sondern würden auch die Mängel unserer Aufbringungstätigkeit im verflossenen Jahre in Schutz nehmen. Eine solche Lage kann von den Bolschewiki nicht geduldet werden.

Andererseits heißt die Einschränkung des Aufbringungsplans für das laufende Jahr die Kapitulation vor den Schwierigkeiten

des sozialistischen Aufbaus, heißt Demobilisierung der Organisationen, heißt Entscheidung für die Drosselung des bolschewistischen Tempos. Unnötig zu sagen, daß dieser Weg für die Bolschewiki ungangbar ist. (Tatsächlich wurde der Aufbringungsplan erheblich eingeschränkt. Vergleiche die in der vorigen Zwischenbemerkung genannte Zahl. Man bedenke dabei, daß 1931 ein Dürrejahr war.) ...

Der Staat kümmert sich um die Erntearbeiten.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjet-Union und das Zentralkomitee unserer Partei haben soeben eine besondere Verordnung für die Organisation der Erntekampagne erlassen. In diesem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Verluste während der Ernteeinbringung im Mittelpunkt stehen muß. Im Hinblick auf die allen bekannte Tatsache, daß während der Ernte Dutzende und sogar Hunderte Millionen Pud Getreide verloren gehen, ist die Frage des Kampfes gegen diese Verluste für die Ergebnisse des gesamten landwirtschaftlichen Jahres tatsächlich von überragender Bedeutung. Die Frage des Kampfes gegen die Verschleuderung und Veruntreuung von Getreide während und nach der Ernte ist auch für die Aufbringungs- und die Saatkampagne von großer Bedeutung. Die Partei weist im besonderen darauf hin, daß unsere Arbeit mit den Kollektivwirtschaften so organisiert sein muß, daß diejenigen Kollektivwirtschaften, die einen besseren Ernteertrag erzielt, die Ernte besser durchgeführt haben, zu ihrer eigenen Verfügung mehr Getreide und mehr andere landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten. ...

... auch um das Jäten von Unkraut!

Die Gewähr, daß die vom Staate gestellten Aufgaben gelöst werden, die Kollektivwirtschaften gefestigt werden und der Wohlstand der Kollektivbauern sich hebt, hängt davon ab, in welchem Masse wir es verstehen werden, in diesem Jahre die Organisation der Erntekampagne zu verbessern, das Jäten der gewerblichen Nutzpflanzen zu regeln, den Kampf gegen die Verluste zu verstärken, die Verschleuderung und Veruntreuung von Getreide zu verhindern, die Arbeitsorganisation in den Kollektivwirtschaften zu verbessern, ein kollektivwirtschaftliches Aktiv zu schaffen, die Kollektivbauern über die Aufgaben aufzuklären, die vor ihnen stehen. Keine Konzessionen und Schwankungen in der Frage der Lösung der von der Partei und der Sowjetmacht beschlossenen Aufgaben! ...

Eine andere Staatsorgane: Die Versorgung der Landwirte mit Industriewaren.

Ungeheure Bedeutung für die Hebung unserer Landwirtschaft muß den Maßnahmen zukommen, die gegenwärtig von der Partei und der Sowjetmacht zur Versorgung des Dorfes mit Industriewaren durchgeführt werden. ...

Dementsprechend lenken die Partei und die Regierung jetzt ihre verstärkte Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Produktion von Massenbedarfsartikeln und besonders auf die stärkere Belieferung des Dorfes mit Industriewaren. Das findet bereits seinen Ausdruck in der Praxis.

In dem laufenden Quartal (Juli bis September) hat sich die Versorgung des Dorfes mit Industrieerzeugnissen erheblich verbessert. (Von Juli bis September hat sich ... verbessert! Woher weiß das Molotow eigentlich schon Anfang Juli?) ...

Bolschewistische Beharrlichkeit ... bei Ausnutzung der kleingewerblichen Heimindustrie.

Ganz ungenügend sind auch die Möglichkeiten der kleingewerblichen Hausindustrie ausgenutzt worden, die eine erhebliche zusätzliche Produktion für den Markt der Massenversorgung liefern könnte. Dieser Aufgabe muß man sich jetzt mit der ganzen bolschewistischen Beharrlichkeit widmen.

Mit der Produktion ist es nicht getan. Das Produkt muß das Dorf auch erreichen.

In der letzten Periode nimmt die Menge der Waren ohne Zweifel zu, die für den Markt für die Massenversorgung der städtischen und besonders der bäuerlichen Verbraucher bestimmt sind. Notwendig ist, daß diese Industrieerzeugnisse tatsächlich restlos das Dorf erreichen, wie es in den Beschlüssen der Zentralorgane bestimmt ist. Dazu ist eine verstärkte Kontrolle über die Bewegung der Waren ab Herstellungsort, über die Bewegung der Industriewaren ins Dorf erforderlich. Die Kontrolle über die Arbeit der entsprechenden staatlichen und genossenschaftlichen Versorgungsorganisationen ist heute eine Kampfaufgabe der Parteiorgane. ...

Mobilisierung der Massen ... zum Jäten!

Die Bolschewiki, die die Mängel und Fehler in ihrer Arbeit feststellen, tun dies jedoch nicht, um das Tempo des sozialistischen Aufbaus zu drosseln, sondern, um die Parteidivision und die werktätigen Massen zum Kampf gegen diese Mängel, zu ihrer Ueberwindung zu mobilisieren. Wir müssen nach bolschewistischer Art alle Kräfte auf die Durchführung der Erntekampagne, auf den Kampf gegen die Verluste, auf die Steigerung des Ertrages an Getreide und gewerblichen Nutzpflanzen konzentrieren, auf die Verstärkung und Verbesserung des Jätens der Felder mit gewerblichen Nutzpflanzen, auf die Hebung der Viehzucht, auf die wirtschaftliche Rentabilität in den Kollektivwirtschaften, auf die Arbeitsorganisation der Kollektivbauern. ...

Wird die künftige Rolle der Klassenfeinde bei der Erklärung von Mißerfolgen vorbereitet?

Die Klassenfeinde im Innern des Landes — der Kulak, der Spekulant, der konterrevolutionäre Schädling — versuchen und werden versuchen, die Mängel unserer Arbeit im Dorfe in der verflossenen Periode auszunutzen, um die

Kollektivwirtschaften zu zersetzen und damit Demoralisierung in die Reihen des unbeständigen Teiles der Kollektivbauern hineinzutragen. Der Klassenfeind außerhalb der Sowjet-Union baut seine Pläne noch darauf, die Mängel und Fehler unserer Arbeit für seine Ziele und vor allem für die beschleunigte Auslösung eines imperialistischen Interventionenkrieges gegen die Sowjet-Union auszunutzen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese Versuche in der letzten Periode zugenommen haben. ...

Mobilisierung der Partei. Wozu?

Überzeugt von ihrem Sieg, werden die Bolschewiki der Ukraine ehrenvoll die Aufgabe lösen, die Landwirtschaft zu heben, werden ehrenvoll die ihnen gestellten landwirtschaftlichen Aufgaben, die Aufgabe der Festigung der Kollektivwirtschaften und der Entfaltung der Sowjetgüter, lösen. Bolschewistische Mobilisierung der Parteiorganisation der Ukraine für die Lösung dieser Aufgaben, das ist die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Parteikonferenz der Ukraine. (Stürmischer Beifall.)